

# WAHLPROGRAMM

## 25 PUNKTE FÜR EUROPA

**DIE RECHTE – Partei für Volksabstimmung,  
Souveränität und Heimatschutz**

Wahl des Europäischen Parlaments  
am 26. Mai 2019

***DIE RECHTE***  
**WWW.DIE-RECHTE.NET**



**KEINE PROZENTHÜRDE:  
JEDE STIMME ZÄHLT!**

# EUROPA- UND AUSSENPOLITIK

## **1. Für ein freies Europa: Zerschlagt das EU-Monster, DEXIT jetzt!**

Die Europäische Union hält die Völker wie eine Krake in ihrer Gefangenschaft. Sie raubt den europäischen Völkern ihre nationalen Souveränitätsrechte und terrorisiert die Mitgliedsstaaten mit immer neuen Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien, die bis ins Privat- und Alltagsleben der Menschen hineinregieren. In vielen wichtigen Lebens- und Zukunftsfragen der Völker sind die nationalen Parlamente faktisch entmachtet worden. Doch gegen diese verhängnisvolle Entwicklung gibt es Widerstand, wie das erfolgreiche BREXIT-Votum in Großbritannien gezeigt hat. DIE RECHTE fordert: Nach dem BREXIT wird es endlich Zeit für den DEXIT! Volksabstimmung jetzt – raus aus dieser EU!

## **2. EU-Zentralismus stoppen: Vorwärts zum Europa der Vaterländer!**

Die anti-nationalen EU-Bürokraten unter Kommissionspräsident Juncker haben ein großes Ziel: Sie wollen die Nationalstaaten endgültig überwinden und die „Vereinigten Staaten von Europa“ schaffen. Auf EU-Ebene gibt es bereits einen gemeinsamen Haushalt, die Vorbereitungen für eine eigene EU-Armee sind angelaufen und selbst die Arbeitslosenversicherung soll bald auf europäischer Ebene organisiert sein – selbstredend mit dem Zahlmeister Deutschland. DIE RECHTE wehrt sich gegen diese völkerfeindliche Politik, die in letzter Konsequenz die Auflösung der europäischen Völker samt ihren eigenständigen Kulturen und Traditionen zur Folge haben würde. Wir fordern daher: Stoppt den EU-Zentralismus – vorwärts zum deutschen Volksstaat in einem Europa der Vaterländer!

### **3. Nieder mit der NATO: Stoppt die Hetze gegen Russland!**

Gegen das Säbelrasseln und die Kriegspolitik des „Westens“: Deutschland muss unverzüglich seinen Austritt aus der NATO erklären und die bedingungslose Unterstützung der imperialistischen Kriegstreiberei einstellen. Vom Kosovo über Afghanistan, den Irak, Libyen bis aktuell nach Syrien zieht sich die Blutspur der NATO-Mörder. Zudem macht der sogenannte „Westen“ immer wieder Stimmung gegen Rußland: Sei es mit willkürlichen Wirtschaftssanktionen oder der gezielten Unterstützung pro-westlicher Milizen in der Ukraine – die westlichen Regierungen lassen keine Gelegenheit aus, Rußland zu provozieren. Damit muss endlich Schluß sein: Rußland ist ein wichtiger, potentieller Verbündeter des zukünftigen deutschen Volksstaates. Deshalb fordern wir den sofortigen Austritt aus der NATO und die Intensivierung der Völkerfreundschaft mit Rußland!

### **4. Söldnertruppe Bundeswehr abwickeln: Für die Bildung eines echten Volksheeres!**

Der Schutz unseres deutschen Heimatlandes – und damit auch unseres europäischen Kontinents als Bollwerk der weißen Rasse – ist das Kernanliegen von uns Nationalisten. Die Bundeswehr in ihrem heutigen, erbärmlichen Zustand kann diesen Schutz allerdings nicht gewährleisten. Ausrüstung und Moral von Flinten-Uschis links-grün-rosaner Truppe befinden sich in einem katastrophalen Zustand. Zu allem Überfluß werden die Bundeswehr-Soldaten auch noch in Afghanistan oder am Horn von Afrika für fremde Interessen verheizt. Es wird Zeit für einen tiefgreifenden Umbau des deutschen Verteidigungswesens, mit dem die Bundeswehr in ihrer heutigen Form abgewickelt und dafür eine neue Armee geschaffen wird, die diesen Namen tatsächlich verdient und die in der Lage ist, unsere Heimat auch in Krisenzeiten zu verteidigen. DIE RECHTE fordert daher die Wiedereinführung der Wehrpflicht, den Aufbau einer schlagkräftigen Elite-Armee sowie unterstützend dazu die Bildung eines Volksheeres!

## **5. Verzicht ist Verrat: Deutschland ist größer als die BRD!**

Die Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands und das Ende des für unser Volk so verhängnisvollen Multikulti-Experiments haben für uns Nationalisten natürlich oberste Priorität. Dennoch darf auch die Forderung, Großdeutschland in seinen angestammten Grenzen wiederherzustellen, niemals aufgegeben werden. Der zukünftige deutsche Volksstaat wird sich mit jenen Staaten verständigen, die derzeit noch angestammte deutsche Siedlungsgebiete unter ihrer Verwaltung haben, mit dem Ziel, diese Gebiete auf diplomatischem Wege wieder „heim ins Reich“ zu holen. Wir sind stets um Ausgleich und Freundschaft mit unseren Nachbarn bemüht, allerdings werden wir auch nicht vergessen, daß Deutschland größer ist als die BRD. Verzicht ist Verrat – deshalb fordert DIE RECHTE die Wiederherstellung Deutschlands in seinen natürlichen Grenzen!

## **EINWANDERUNG / INNERE SICHERHEIT**

### **6. Atlantikwall statt Seebrücke: Festung Europa schaffen, Asyleinwanderung stoppen!**

Seit Herbst 2015 erlebt Europa einen bisher nie dagewesenen Ansturm von illegalen Einwanderern, vorwiegend aus Nordafrika und dem arabischen Raum. Millionen Fremde sind bereits auf unserem Kontinent angekommen. Ein Ende dieser Völkerwanderung ist nicht in Sicht – vor allem, weil gewisse Organisationen linksextremer Gutmenschen („NGOs“) als „Seebrücken“ bezeichnete Mittelmeertaxis einrichten und sogar noch die Ausweitung solcher an Schleppertätigkeiten erinnernden Aktivitäten fordern, um vielen Millionen weiteren Afrikanern eine Übersiedlung nach Europa zu ermöglichen. DIE RECHTE fordert klipp und klar: Grenzen dicht, Festung Europa verteidigen! Unser Bollwerk wird ein neuer Atlantikwall, der diesmal auch das Mittelmeer umfassen muß. Stoppt die Völkerwanderung in unseren Kontinent, errichtet und verteidigt die Festung Europa!

## **7. Ob mit Zug, Flugzeug oder Schiff: Abschieben, abschieben, abschieben!**

Weniger als zwei Prozent aller in die BRD eingewanderten Asylbewerber gelten als „politisch verfolgt“ nach Art. 16a GG, in anderen europäischen Ländern sieht die Quote ähnlich aus. Obwohl allein in der BRD hunderttausende von illegalen Einwanderern sofort in ihre Heimatländer zurückgeführt werden könnten, finden Abschiebungen nur in Ausnahmefällen statt. Eine Anti-Abschiebe-Industrie aus Parteien, Medien, Kirchen und Gutmenschen-Organisationen hebelt das Rechtssystem aus, weshalb viele Experten bereits von einer „Herrschaft des Unrechts“ sprechen. DIE RECHTE als die Abschiebepartei Nr. 1 wird Sicherheit, Recht und Ordnung in unserem Land endlich wiederherstellen. Jetzt hilft nur noch: abschieben, abschieben, abschieben!

## **8. Stoppt die Propaganda der Asyl-Lobby: Keine Plattform für Soros und seine NGOs!**

Nach der verhängnisvollen Grenzöffnung der Kanzlerin im Herbst 2015 gab es kaum eine regimenahe Zeitung und kaum einen Prominenten des BRD-Establishments, der nicht mit einem „Refugees welcome“-Plakat posierte, als Massen von Fremden in unser Land strömten. Leider ließen sich auch viele naive deutsche Landsleute von dieser propagierten Willkommensduselei mitreißen. Mittlerweile – spätestens seit der Kölner Horror-Silvesternacht 2015/16 – hat sich die anfängliche Euphorie bei vielen Landsleuten in erschrockene Gesichter verwandelt. Doch die Hintermänner der Überfremdungsmaschinerie arbeiten unbeirrt weiter: Während etwa die ungarische Regierung in vorbildlicher Weise gegen das Treiben des Umvolkungs-Lobbyisten George Soros und seine „Nichtregierungsorganisationen“ vorgeht, können sich hierzulande Multikulti-Propagandisten weiter austoben. DIE RECHTE fordert ein konsequentes Vorgehen gegen das völkerzersetzende Treiben der Asyl-Lobby – wir zeigen klare Kante gegen George Soros und seine NGOs!

## **9. Abendland verteidigen: Stoppt die Islamisierung Europas!**

Die Verteidigung der abendländischen Kultur, die Mitteleuropa in den vergangenen Jahrhunderten und Jahrtausenden geprägt hat, ist eine der zentralen Herausforderungen, denen sich eine verantwortungsbewußte Regierung stellen muß. Der schleichenden Islamisierung unseres Kontinents muß dringend Einhalt geboten werden. Eine besondere Rolle bei den Islamisierungsbestrebungen kommt der Errichtung von symbolträchtigen Großmoscheen zu, die – wie kaum ein anderes Zeichen – für eine voranschreitende islamische Landnahme stehen und einen unüberbrückbaren Kontrast zur abendländischen Kultur darstellen. Jenen Moslems, die vorübergehend oder dauerhaft in Europa leben, wollen wir ihr grundsätzliches Recht auf Religionsausübung natürlich nicht absprechen. Doch Deutschland und Europa müssen abendländisch geprägt bleiben, das öffentliche Bild unserer Städte darf nicht durch den Ruf des Muezzins oder durch die Errichtung von meterhohen Minaretten bestimmt werden. DIE RECHTE fordert: Keine Großmoscheen in Europa – Islamisierung stoppen!

## **10. Bei Mord, Hoch- und Landesverrat: Wiedereinführung der Todesstrafe!**

Immer wieder verlassen Kriminelle mit lächerlich geringen Strafen die Gerichtssäle, selbst Schwerverbrecher werden oftmals nach wenigen Jahren wegen einer vermeintlich günstigen Sozialprognose wieder entlassen, nur um wenig später erneut zuzuschlagen. Wer sich jedoch besonders verwerfliche Taten zuschulden kommen läßt, hat sein Lebensrecht in der deutschen Volksgemeinschaft verwirkt. Wir brauchen in Deutschland endlich wieder eine Debatte und gegebenenfalls eine Volksabstimmung über die Wiedereinführung der Todesstrafe, die schließlich in vielen Ländern der Erde praktiziert wird und dort als Selbstverständlichkeit gilt. DIE RECHTE fordert: Bei Mord, bei extremen Fällen von Vergewaltigung und Drogenhandel sowie in Fällen von Hoch- und Landesverrat verdienen die Täter keine zweite Chance. Für die Wiedereinführung der Todesstrafe!

## **11. Für die Bildung von Volksgerichten: Berliner und Brüsseler Bonzen zur Verantwortung ziehen!**

Die Herrschenden in Berlin, Brüssel und Straßburg müssen nach aktueller Rechtslage keine strafrechtlichen Konsequenzen fürchten, obwohl sie die Völker Europas zerstören; obwohl sie die politische Verantwortung tragen für das, was unserem Volk tagtäglich angetan wird. Das Justizwesen ist politisch gesteuert, jede noch so drastische Versündigung an den Lebensinteressen der europäischen Völker bleibt ungeahndet. DIE RECHTE fordert deshalb die Einführung von Volksgerichten, vor denen sich die heutigen Herrscher nach der Änderung der politischen Verhältnisse in einem rechtsstaatlichen Verfahren für ihr Handeln verantworten müssen. Deutsche Bürger auf die Richterbank – Volksgerichte einführen und Volksverräter auf die Anklagebank bringen!

## **WIRTSCHAFT / BILDUNG**

### **12. Gentechnik-Verbot jetzt: Keine Experimente mit unserer Nahrung!**

Die Natur ist nicht beliebig veränderbar: Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind abzulehnen und EU-weit zu verbieten. Zwar wittern profitgierige Unternehmer bereits große Absatzmärkte, träumen von einem günstigen Anbau und können dabei auf die Unterstützung der Lobbyisten hoffen, doch die Risiken der Gentechnik sind unüberschaubar und können schwerste Folgen haben. Im Extremfall droht das natürliche Gleichgewicht aus den Fugen zu geraten. DIE RECHTE fordert deshalb: Gentechnik konsequent den Riegel verschieben, keine Spielereien und Manipulationen auf Kosten unserer Gesundheit!

### **13. Privatisierungen stoppen: Infrastruktur, Großkonzerne und Schlüsselindustrien gehören in staatliche Hand!**

Jeder souveräne Nationalstaat muß die Kontrolle über seine Infrastruktur behalten. Ganz gleich, ob Bahnbetrieb, Post oder Energieanbieter, jede Form von Privatisierung ist abzulehnen, dem Staat als Hüter des Gemeinwohls sind direkte Steuerungsmöglichkeiten auf elementare Wirtschaftszweige zu gewährleisten. Gleichzeitig gehören Großkonzerne und Schlüsselindustrien in staatliche Hand oder zumindest unter staatliche Kontrolle. Dies gebietet bereits die soziale Verantwortung gegenüber der eigenen Bevölkerung, die ansonsten zum Opfer von raffgierigen Profiteuren wird, denen nicht das Wohlergehen des Volkes am Herzen liegt, sondern die ihre Monopolstellungen für ihr rücksichtsloses Gewinnstreben mißbrauchen. Infrastruktur und öffentliche Versorgung gehören dem Bürger und sind kein Spekulationsobjekt. Deshalb fordert DIE RECHTE: Stoppt weitere Privatisierungen, Infrastruktur, Großkonzerne und Schlüsselindustrien unter staatliche Kontrolle setzen!

### **14. Schluss mit der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit: Schützt den deutschen Arbeiter!**

Seit der Einführung der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit arbeiten zahllose Billiglöhner – ganz überwiegend aus Osteuropa – hierzulande zu Dumpinglöhnen, bei denen aufgrund der höheren Lebenshaltungskosten kein deutscher Arbeitnehmer mithalten kann. Während das Kapital profitiert und einen riesigen Reibach macht, bleibt der deutsche Arbeiter auf der Strecke und ist gezwungen, sich einen nach unten offenen Preiskampf zu liefern, der die Beibehaltung eines angemessenen Lebensstils trotz harter Arbeit oftmals unmöglich macht. DIE RECHTE fordert das sofortige Ende der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit und damit auch die effektive Bekämpfung des Lohndumpings, vor allem in Handwerksberufen!



## **15. Der Ausbeutung entgegentreten: Zeit- und Leiharbeit verbieten!**

Arm trotz Arbeit – das ist längst keine Seltenheit mehr, sondern für immer mehr Menschen bittere Realität. Sie hangeln sich von Zeitarbeit zu Zeitarbeit, reguläre Arbeitsverhältnisse sind in manchen Branchen mittlerweile eher die Ausnahme als die Regel. Während große Unternehmen ihre Mitarbeiter nach Belieben austauschen können, wird der Arbeitnehmer zu einem Spielball des Kapitals, der ständig mit Existenzängsten konfrontiert ist, was auch die Zukunfts- und Familienplanung deutlich erschwert. DIE RECHTE fordert deshalb: Zeit- und Leiharbeit als Instrumente des Großkapitals sind zu verbieten, ehrliche Arbeit verdient eine angemessene Entlohnung und eine sichere Zukunftsperspektive!

## **16. Die deutsche Automobilindustrie schützen: Den Diesel verteidigen!**

Linksgrüne Ökoterroren haben – vorgeblich mit dem EU-Recht im Rücken – einen Feldzug gegen die deutschen Automobilhersteller gestartet mit dem Ziel, Dieselfahrzeuge aus dem Verkehr zu ziehen. Mit den bereits ausgesprochenen Diesel-Fahrverboten in Großstädten wurde ein erster Schritt vollzogen, um mittelfristig Dieselbesitzer unter Verweis auf angebliche Umweltbelastungen zu enteignen. Als Begründung für diesen Schritt muß einmal mehr die Legende vom menschengemachten Klimawandel herhalten, der von seriösen Experten längst widerlegt wurde. Die BRD unterwirft sich hündisch den vermeintlich allgemeingültigen Richtlinien, während sie im Ausland allenfalls als Orientierungshilfe angesehen werden. DIE RECHTE stärkt der deutschen Automobilindustrie den Rücken und setzt dem linksgrünen Ökoterrorismus eine fortschrittliche und soziale Wirtschaftspolitik entgegen. Wir fordern: Vollgas geben – Schützt den Diesel!

## **17. Schützt unsere Kinder: Bildungsexperimente und Frühsexualisierung stoppen!**

Anstatt unseren Kindern umfassende Grundkenntnisse und Allgemeinwissen zu vermitteln, was für einen Einstieg ins Leben notwendig wäre, entwickeln sich die Schulen – freundlich unterstützt durch die EU – zunehmend zu einem Ort der Indoktrinierung, in denen beispielsweise im Rahmen der sogenannten „Frühsexualisierung“ bereits Grundschulern sexuelle Praktiken beigebracht werden. Versehen mit der linksgrünen Gehirnwäsche dekadenter und gemeinschaftszerstörender „Familien“-Modelle beginnt die Umerziehung bereits in jungen Jahren. Am Ende soll dabei der „neue, aufgeklärte Mensch“ herauskommen, der keine Geschlechter mehr kennt, der Normalität nicht mehr von der Perversion unterscheiden kann und der nicht mehr fähig ist, sich in traditionelle Volks- und Familiengemeinschaften einzubinden. DIE RECHTE fordert: Schützt unsere Kinder! Schluß mit Kindersexualisierung und Gender-Ideologie – Schulen sind Bildungsstätten und keine Versuchsanstalten linksgrüner Umerziehungsexperimente!

## **SOZIALES / GESELLSCHAFT**

### **18. Kampf dem Genderwahn: Unsere Familie heißt Vater, Mutter, Kinder!**

Zwei Väter, zwei Mütter, aufgelöste Geschlechterrollen: Die Propagandamaschinerie der Volksabschaffer läuft nicht nur in den Kindergärten und Schulen auf Hochtouren, wenn es darum geht, die traditionelle Familie zu zerstören. Für uns ist klar: Nur Vater, Mutter und im Idealfall deren gemeinsame Kinder sind in der Lage, den Kern für die kleinste Keimzelle unseres Volkes zu bilden und unsere Zukunft zu sichern. Das traditionelle Leitbild der Familie gilt es, per Gesetz zu schützen und unseren Kindern zu vermitteln. Dekadente Lebensformen des 21. Jahrhunderts, die eher an eine hedonistische Konsumkultur als an eine funktionierende Volksgemeinschaft erinnern, sind abzulehnen. DIE RECHTE steht konsequent zur traditionellen Familie, wie sie seit dem Anbeginn der Menschheit erfolgreich gelebt wurde, und erteilt dem dekadenten Ungeist dieser Zeit eine klare Absage!

## **19. Stoppt die Homo-Lobby: Keine CSD-Paraden auf unseren Straßen!**

Das traditionelle Familienbild ist den europäischen „Eliten“ ein Dorn im Auge. Gezielt fördern die Herrschenden des „Westens“ Verhaltensweisen, die sich nicht nur negativ auf die Geburtenrate auswirken, sondern die auch ethisch höchst fragwürdig sind und das seelische Gleichgewicht unserer Kinder negativ beeinflussen. Ein bekanntes Beispiel dafür sind die Paraden zum sogenannten „Christopher Street Day“, die hunderttausende Homosexuelle und Aktivisten der „LGBTI-Szene“ auf die Straße treiben. Manche Teilnehmer dieser Paraden schrecken selbst vor offen ausgelebten, sexuellen Handlungen im Beisein von Kindern nicht zurück. In vielen osteuropäischen Staaten werden die Bürger bereits in vorbildlicher Art und Weise gegen ein derartiges Treiben aktiv und zeigen – wie in Rußland sogar gemeinsam mit der Polizei – den rücksichtslosen Teilnehmern solcher Paraden ihre Grenzen auf. DIE RECHTE fordert das Verbot von Veranstaltungen wie dem „Christopher Street Day“ zum Schutze unserer Kinder und ein bürgerschaftliches Engagement nach osteuropäischem Vorbild!

## **20. Mutterrolle stärken: Betreuungsgeld für Mütter, die ihre Kinder Zuhause erziehen!**

Die Familie steht im Mittelpunkt unserer Politik und muß in jeder erdenklichen Form unterstützt werden. Damit Müttern das Erziehen ihrer Kinder unabhängig von wirtschaftlichen Faktoren ermöglicht wird, ist durch den Staat ein Betreuungsgeld in angemessener Höhe zu zahlen. Familienmodelle, in denen beide Elternteile in die Erwerbstätigkeit gezwungen werden, weil die finanziellen Mittel ansonsten zur Versorgung der Familie nicht ausreichen, führen zwangsläufig zu einer Entfremdung der Eltern von ihren Kindern (gerade im jungen Alter) und sind geeignet, den innerfamiliären Zusammenhalt durch Belastungen von außen zu stören. DIE RECHTE fordert: Wer Kinder für unser Volk erzieht, verdient Respekt, Achtung und Unterstützung – vom ersten Tag an!

## **21. „Fake News“ als Straftatbestand: Die Lügenpresse endlich haftbar machen!**

Im gezielten und arbeitsteiligen Zusammenspiel mit den herrschenden Altparteien belügen und betrügen die regimenahen Massenmedien das eigene Volk. Längst geht es hierbei nicht mehr nur um die allseits bekannte, plumpe Stimmungsmache gegen „Rechts“, um anti-russische Hetze oder um die Verunglimpfung des US-Präsidenten Donald Trump, womit die Meinung des an den Schalthebeln der Macht sitzenden, linksgrünen Bildungsbürgertums verbreitet wird. Nein, mittlerweile schreckt die Lügenpresse auch vor reinen Erfindungen (den sogenannten „Fake News“) nicht mehr zurück, wofür das Märchen der „Hetzjagden von Chemnitz“ nur das bekannteste Beispiel ist. Wenn die gewissenlose Journaille Vorfälle erfindet und plumpe Lügen verbreitet, hat das nichts mehr mit Pressefreiheit zu tun. Deshalb fordert DIE RECHTE: Die Verbreitung von „Fake News“ unter Strafe stellen – die Hetzer der Lügenpresse konsequent aburteilen!

## **VOLKSABSTIMMUNGEN / MEINUNGSFREIHEIT**

### **22. Direkte Demokratie stärken: Freie Bahn für Volksabstimmungen!**

Die Herrschenden fürchten sich vor der Mitsprache des Volkes: Während Volksentscheide im Nicht-EU-Land Schweiz längst üblich sind und sich großer Beliebtheit erfreuen, haben die Machthaber hierzulande die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide bewußt hoch angesetzt, um uns Deutschen zu verbieten, über wichtige Gegenwarts- und Zukunftsfragen selbst entscheiden zu können. DIE RECHTE hat sich im April 2018 den Beinamen „Partei für Volksabstimmung, Souveränität und Heimatschutz“ gegeben. Deshalb ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir uns dafür einsetzen, die Hürden für direktdemokratische Entscheidungen abzubauen. DIE RECHTE fordert: Dem gesunden Volksempfinden zur Durchsetzung verhelfen – Volksentscheide auf allen politischen Ebenen einführen!

## **23. Ehrt die Helden unseres Volkes: Macht den 20. April zum deutschen Nationalfeiertag!**

Frankreich begeht jedes Jahr am 14. Juli seinen Nationalfeiertag, die USA feiern am 4. Juli ihren Unabhängigkeitstag, auch die Russen haben mit dem 12. Juni einen eigenen Nationalfeiertag. In der BRD gibt es zwar mit dem 3. Oktober den „Tag der Deutschen Einheit“ (der allenfalls der Tag der deutschen Teilwiedervereinigung ist), doch konnte der 3. Oktober im deutschen Volk nie den Stellenwert eines richtigen Nationalfeiertages erreichen. Da kommt es gerade recht, daß sich am 20. April 2019 ein bedeutendes Ereignis in unserer Geschichte zum 100. Mal jährt: Am 20. April 1919 befreiten nationale Freikorpskämpfer die Stadt Augsburg von den Kommunisten, die in den politischen Wirren nach dem Ersten Weltkrieg in mehreren bayerischen Städten eine bolschewistische „Räterepublik“ ausgerufen hatten. Angesichts der 100. Wiederkehr der Befreiung der Stadt Augsburg vom bolschewistischen Joch fordert die Partei DIE RECHTE: Macht den 20. April zum deutschen Nationalfeiertag!

## **24. Politbonzen zur Verantwortung ziehen: Vermögenshaftung einführen!**

Während jeder klein- oder mittelständische Unternehmer im Falle von Mißwirtschaft oder schlechter Auftragslage selbst für sein berufliches Risiko haftet, können die Politiker der Altparteien unser Land systematisch zugrunderichten, ohne dafür irgendwelche Konsequenzen befürchten zu müssen. Egal, wie viele Schulden ein Minister in seinem Ressort anhäuft; egal, wie viele Fehlentscheidungen zum Nachteil unseres Volkes getroffen werden – die herrschenden Politiker sind immer fein raus und kassieren weiter ihre fetten Diäten und Pensionen. Damit muß Schluß sein! Deshalb fordert DIE RECHTE, daß Politiker endlich auch mit ihrem Privatvermögen für ihre Entscheidungen haften müssen!

## **25. In der BRD, in Österreich und überall: Weg mit den Gesinnungsparagrafen!**

Unsere Spitzenkandidatin zur Europawahl, die weltweit bekannte Dissidentin und Regimekritikerin Ursula Haverbeck, sitzt derzeit im Alter von 90 Jahren als politische Gefangene der BRD in Gesinnungshaft. Auch der schwerkranke Rechtsanwalt Horst Mahler wird vom System weiterhin in Haft gehalten, genauso wie in Österreich der Ingenieur Wolfgang Fröhlich, der wegen „Meinungsdelikten“ seit über 13 Jahren ununterbrochen in Haft sitzt. Wir setzen uns dafür ein, daß überall in Europa Gesinnungsparagrafen abgeschafft und politische Gefangene freigelassen werden. Wir werden die Meinungsfreiheit in unserem Land wiederherstellen und den „Volksverhetzungs“-Paragrafen 130 des Strafgesetzbuches ersatzlos streichen. DIE RECHTE fordert: Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut – Freiheit für alle politischen Gefangenen!

**AM 26. MAI 2019:  
DIE RECHTE WÄHLEN!**

**Keine Prozenzhürde – Jede Stimme zählt!**